



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Süddeutschlands Anschluß an den Bund.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die vorwiegend buchhändlerische Beschaffenheit des Vereinsunternehmens legt zweierlei nahe. Einmal, daß für die Vereinsleitung wesentlich Buchhändler gewonnen werden. Neben und mit ihnen müssen selbstverständlich andere Persönlichkeiten von freiem Blick, nationaler Ueberzeugung und parteiloser Anschauung wirken. Dann entsteht die Frage, ob für den Sitz des Vereins nicht die Stadt die geeignetste sei, die als Hauptstadt des deutschen Buchhandels mit Recht und nicht seit gestern erst gilt. In ihr vereintgen sich viele günstige Vorbedingungen, von ihr ist vor nun vielen Jahren eine Vereinshätigkeit begonnen worden, die auch dem Deutschthum reichen Segen gebracht hat. Es würde der Stadt, die den obersten deutschen Gerichtshof in ihren Mauern sieht, trefflich anstehen das nationale Unternehmen, von dem hier die Rede, den Verein für deutsche Volksbibliotheken in Elsaß und Lothringen, in's Leben zu rufen.

Unlängst wurde von den Küsten her der Ruf erhoben, die Nation möge eintreten für die Rettung aus Seenoth. Der Ruf kam von Bremen und mit aller Geschicklichkeit, die den Kaufleuten der Handelsstadt an der Weser eigen, wurde aus kleinem Anfang unter bereiter Mitwirkung aller Gegenden des deutschen Vaterlandes ein Werk geschaffen, das dem deutschen Volke zu Segen und Ehre gereicht. Eine Noth anderer Art besteht in Elsaß und Lothringen. Sie ist, wie wir überzeugt sind, vorübergehend, aber für die Gesamtheit gefährlicher. Suchen wir rasch Abhilfe zu schaffen, geleitet von der durch die jüngsten Erfahrungen gekräftigten Ueberzeugung, daß die beste Grenzvertheidigung in der treuen Anhänglichkeit der Grenzbewohner an ihr Volk und Vaterland liegt!

Süddeutschlands Anschluß an den Bund.

Aus Süddeutschland, 23. October.

Unsere Heere werden als Preis ihrer Siege dem Vaterland die einst geraubten deutschen Lande jenseits des Rheins zurückbringen. Ein Zweifel daran ist heute nicht mehr erlaubt. Dieses eine Ziel ist nach den ersten Siegen von der öffentlichen Meinung nahezu einstimmig — mit Ausnahme eines Häufleins unverbesserlicher Doctrinäre — aufgestellt worden, und längst haben offizielle Staatschriften aus dem deutschen Hauptquartier das Siegel auf diese Forderung gedrückt. Schwieriger ist der anderen Forderung gerecht zu werden, obgleich sie weit unmittelbarer und als geradezu selbstverständlich sich aufdrängte und in ihrer Allgemeinheit gleichfalls nahezu einstimmig erhoben

worden ist, daß nämlich dieser gemeinschaftliche Krieg die Mainlinie tilgen und die Aufrichtung des deutschen Bundesstaates herbeiführen müsse. Nach den öffentlichen Beteuerungen wenigstens, begegnen sich auch in diesem Ziel sämtliche alte Parteien. Gänzlich verschollen ist das häßliche Gerede vom Südbund, aber von dem mächtigen deutschen Bundesstaat, ja von der Herrlichkeit des künftigen Reichs schwärmten in die Wette die erbitterten Gegner von gestern. Sobald man freilich das Wie näher erörterte und sobald es mit den Verhandlungen Ernst wurde, traten auch sofort die alten Parteistandpunkte auseinander, und so widerspruchsvoll stehen sich die Meinungen gegenüber, daß man um das Resultat ernstlich besorgt sein dürfte, wenn nicht zum Glück das, was gesucht wird, bereits bestünde. Der deutsche Bundesstaat existirt und gedenkt auch ferner zu existiren; er ist bereit aufzunehmen, die ihm willig sich anschließen wollen, er ist auch bereit, ihnen die bequemsten Brücken dazu zu bauen — aber mehr kann man ihm schlechterdings nicht zumuthen. Um den Bundesstaat auszubauen, darf man ihn nicht zerstören wollen.

Es ist nicht zu leugnen, daß der Krieg, ein so gewaltiges Moment er für die Lösung der deutschen Frage ist, doch zugleich dieselbe eigenthümlich erschwerte, die Treue der süddeutschen Staaten; — durch welche Motive sie übrigens veranlaßt war, worüber insbesondere Graf Bray sehr offenherzig war, — hat die Fortexistenz dieser Staaten gesichert. Die Allianzverträge haben sich thatsächlich bewährt, ganz Deutschland stellte sich unter die Führung des Königs von Preußen, vom casus foederis war öffentlich wenigstens gar nicht die Rede, die süddeutschen Fürsten sind thatsächlich loyale Bundesgenossen gewesen, und ihr Selbstgefühl ist durch die Thaten ihrer Heere nicht wenig erhöht. Das ist sicher nicht der Moment ihnen irgend etwas zumuthen, irgend einen Zwang anzuthun, und wenn es schon bisher die Politik Preußens war, sich jedes Druckes auf sie vornehm zu enthalten, so werden sie auch jetzt ihre Entschlüsse ganz nach eigenem Ermessen zu treffen haben. Die Vollendung der deutschen Staatseinheit ist in den guten Willen der süddeutschen Kabinette gegeben. Ist dieser vorhanden, so kann das Einigungswerk in kurzer Frist vollendet und zur Vorlage für die Ständekammern bereit sein.

Dieser gute Wille wird allerdings durch verschiedene Erwägungen erheblich gefördert. Das moralische Gewicht eines Krieges, in welchem gemeinsam so schwere Opfer gebracht sind, so viel theures Blut geflossen ist, wird nicht zu unterschätzen sein. Die Forderungen der Ehre sind in der Regel schwer zu präcisiren, aber sie werden darum nicht minder lebhaft empfunden. Leichtsinzig soll Niemand beschuldigt werden, daß der gewaltige Ernst dieser deutschen Erhebung spurlos an ihm vorüber gegangen sei. Sind

die Deutschen in diesen Wochen enger zusammen gewachsen, so mag auch in den Residenzen das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Volk lebhafter zum Bewußtsein gekommen sein. Und das Volk in Süddeutschland hat unter dem Eindruck der Thaten seiner Söhne im Feld überall den ehrlichen Willen bekundet, mit dem Norden auch im Frieden treu zusammen zu halten. In Bayern und Württemberg ist eine Volksagitation für den Anschluß an den Bund entstanden, die für die Regierungen keineswegs gleichgiltig sein kann. Denn es ist ihnen schwerlich entgangen, daß dieselbe nicht von gewöhnlichen und gewerbsmäßigen Agitatoren gemacht worden ist, sondern daß sie ihren Sitz in den achtbarsten Kreisen der Bevölkerung hat, in jenem soliden conservativen Theil der Bürgerschaft, den eine Regierung nicht ungestraft von sich stößt. Eben die letztere Erfahrung hat die württembergische Regierung nun seit 4 Jahren zu machen reichliche Gelegenheit gehabt. Die isolirte Stellung des Staats hat hier Erscheinungen hervorgerufen, die eine geordnete stätige Thätigkeit der gesetzgeberischen Factoren seit geraumer Zeit geradezu unmöglich macht, und man darf annehmen, daß die Sehnsucht aus diesen Zuständen heraus zu kommen auch von Seiten der Regierung getheilt wird. Und ebenso ist Bayern in dieser Zeit in steigendem Maße der Tummelplatz wilder und völlig resultatloser Partekämpfe gewesen. Nur Ein Resultat müßte die Fortdauer dieser Partekämpfe unausbleiblich haben; sie würden zuletzt den Staat in die Unmöglichkeit versetzen, die Verträge mit Preußen in loyaler Weise zu halten, deren Verpflichtungen nachzukommen doch das eigenste Interesse ist. Geradezu als eine Erlösung aus unleidlichen und hoffnungslosen Zuständen müßten es diese Staaten begrüßen, wenn ihr Verhältniß zu Deutschland definitiv geregelt und damit dem willkürlichen Gezänk der inneren Parteien entzogen würde. Doch der stärkste Antrieb liegt zuletzt in dem Verhältniß, in welchem die süddeutschen Staaten unter einander stehen. Die Idee des Südbunds hat von Anfang an vorherrschend den Spott herausgefordert, aber wir erkennen es heute doch als einen Segen, daß niemals auch nur ein Versuch zur Verwirklichung dieses napoleonischen Projectes gemacht worden ist. Welche Ansprüche würde ein Südbund erheben, wenn er als ein geschlossenes Ganzes mit dem Nordbund zu pactiren im Stande wäre! Statt seiner sind es heute die einzelnen Staaten, welche ihre Annäherung an den Bund suchen, und es sind Staaten, die einen sehr verschiedenen Grad von Geneigtheit hierzu mitbringen. Nach der Größe, nach der geographischen Folge, wie nach dem guten Willen ist es eine Stufenreihe, die nichts zu wünschen übrig läßt. Aber der eine Stein, der dem Schwerpunkt folgend sich loslöst, wird unfehlbar die andern nach sich ziehen. Die Geschwindigkeit ist eine verschiedene, und Einer wird der Letzte sein, aber zurückbleiben wird keiner.

In dieser Woche sind die Bevollmächtigten Badens, Württemberg's und Bayerns nach dem großen Hauptquartier in Versailles abgereist. Schwerlich wäre ihnen diese Einladung zugekommen, wenn man nicht im Hauptquartier die bestimmte Hoffnung auf einen günstigen Ausgang fest hielt; eine Hoffnung, die also auch durch das Ergebnis der Münchner Conferenzen nicht erschüttert worden ist. Diejenige Politik freilich, die es darauf abgesehen hatte, in erster Linie Bayern zu gewinnen und welche die geneigteren Staaten gebieterisch zwang, auf die bessere Einsicht der minder geneigten geduldig zu warten, wird sich vielleicht modificiren müssen. Den minder geneigten wird man zeigen müssen, daß man ja zunächst mit den geneigteren den Anfang machen und zur Abwechslung jenen die Rolle der Wartenden zutheilen kann. Diese Aussicht wird Wunder wirken. Nur auf diese Rechnung kann sich die Zuversicht des großen Hauptquartiers gründen.

Zum Glück hatte der freie Gedankenaustausch, der in München stattfand, nicht den Zweck die bestimmten unweigerlichen Bedingungen fest zu setzen, welche die süddeutschen Staaten für das Eingehen eines engeren Verhältnisses mit dem Nordbund stellen zu müssen glauben. Es waren ungezwungene Erörterungen, Wünsche, Einfälle, welche Herr von Delbrück entgegen nahm. Man legte die Norddeutsche Bundesverfassung vor sich, nahm die einzelnen Paragraphen durch, und Bayern entwickelte in Randbemerkungen zu jedem Paragraphen, wie eine Bundesverfassung aussehen würde, wenn deren Bestimmungen lediglich von ihm abhingen. Der Abänderungen war freilich eine große Zahl und leider betrafen sie nicht bloß harmlose Dinge, wie z. B. die angestammten hellblauen Uniformen des bairischen Heers, oder die schwarz-roth-goldene Fahne des Jahres 1848, die Graf Bray an Stelle der norddeutschen Farben gesetzt wünscht, oder die Biersteuer, auf welcher, wie nachdrücklich versichert wird, das ganze bairische Finanzsystem ruht, sondern zuweilen sehr ernsthafte Dinge, die den Charakter des Bundesstaates erheblich in Frage stellen würden, wie z. B. die völkerrechtliche Stellung der Krone Bayerns und die selbstständige Führung über das Heer in Friedenszeiten, bis auf die Bestimmung der Präsenzhöhe und auf das Werdergewehr hinaus, dann das Stimmverhältniß im Bundesrath, das sich von der wirklichen Bedeutung der Bundesstaaten noch weiter entfernen würde, als schon bisher der Fall ist, endlich die selbstständige Verwaltung der Verkehrsanstalten, die in Bayern der Volksmund als die „verkehrten Anstalten“ bezeichnet.

Zu manchen dieser Glossen oder Seufzer mag Herr v. Delbrück die Achseln gezuckt haben; auch Herr v. Mittnacht, der württembergische Bevollmächtigte, that es, der indessen seiner kalten überlegten Natur gemäß einer großen Zurückhaltung sich befleißigte und zumal bei militärischen Dingen ganz sich eigener Meinungsäußerung entschlag, weil er sie seinem Collegen

v. Suckow vorbehielt, der in jenen Tagen im Hauptquartier zu Ferrières sich befand um dem König von Preußen den württembergischen Militärorden zu überbringen, aber zugleich sich in anderweitige Gespräche daselbst vertieft zu haben scheint, denn er brauchte zu dieser Mission nicht weniger denn drei Wochen.

Von Anfang an war die Haltung Würtbergs von derjenigen Bayerns principieel verschieden. Frühzeitig besreundete es sich mit dem Gedanken des Eintritts in den Bund. Man sagt, es datire diese Sinnesänderung des Hrn. v. Mittnacht von dem Augenblick, da man in Stuttgart den Entschluß Badens erfubr, in jedem Fall dem Bund beizutreten. Die Aussicht, schließlich mit Bayern allein zu bleiben, mit anderen Worten einer Art bayrischer Curatel anheimzufallen, ließ den Gedanken der preußischen Führung rasch in milderem Lichte erscheinen. Man sprach die Geneigtheit aus, den Anschluß zu vollziehen auch ohne Bayern, und das war um so vertrauenerweckender, als man hoffen durfte, daß gerade dadurch auch die Geneigtheit Bayerns werde beslügelt und angefeuert werden. In der ministeriellen Erklärung, welche der württembergische Staatsanzeiger am Abend des 8. October veröffentlichte, war nichts so erfreulich, als die Abwesenheit einer jeden Hindeutung auf gemeinschaftlich mit Bayern verabredete oder zu verabredende Schritte.

Aber auch im Uebrigen trug diese Erklärung einen den Umständen gemäß ganz befriedigenden Charakter. Es war wirklich das erstemal, daß eine offizielle Stimme aus Württemberg in dieser Tonart sprach. Das Bedürfnis einer deutschen Gesamtverfassung mit Centralgewalt, Parlament und einheitlichem Heer war in einer Weise ausgedrückt, als ob dem Verfasser eines jener alten Programme zum Muster vorgelegen hätte, in welchen der Nationalverein seine Forderungen zu formuliren pflegte. Aber selbst die Nordbundsverfassung wurde einer flüchtigen Erwähnung gewürdigt. Zwar vom Beitritt zum Bunde war vorsichtigerweise nicht die Rede. Vermuthlich weil man beabsichtigte das württembergische Volk erst allmählig auf das vorzubereiten, was ihm bis jetzt als ein Greuel, nahezu als eine Art Pact mit dem Beelzebub dargestellt worden ist. Eintritt in den Bund war seit vier Jahren „der schrecklichste der Schrecken“, gleichbedeutend mit dem unsehlbaren Ruin des Landes, und vielleicht waren die jetzigen Minister zugleich der Meinung, daß es ihrer eigenen Vergangenheit wenig angemessen wäre, wenn sie sich dieses Schlagworts bedienten. Auch durfte man der deutschen Partei, die furchtlos eben dieses Schlagwort zu ihrem Feldgeschrei erkoren hatte, unmöglich die Genugthuung geben, sie gleichsam jetzt im Recht erscheinen zu lassen, nachdem sie mit so leidenschaftlicher Anstrengung und mit so fatalen Allianzen eben um dieses Schlagworts willen bekämpft worden war. Wiesen

doch mehrere gleichzeitige Symptome darauf hin, daß die Abneigung gegen diese unbequeme Partei wo möglich noch zugenommen habe, in einem Augenblick, da man es doch räthlich fand, ihr Programm zu adoptiren; also daß aus so zwiespaltigen Anzeichen noch einmal eine große Verwirrung und fast Bestürzung unter dem Volk entstand, das mit einer Art Sehnsucht endlich einmal klar zu wissen begehrte, was die Regierung eigentlich wolle und wofür die Opfer dieses Krieges gebracht werden sollen.

Also vom Eintritt in den Bund war allerdings nicht die Rede; viel mehr war der Satz, der sich mit seiner Verfassung beschäftigte, mit großer Kunst lediglich negativ gehalten. Nur waren es nach eigenem Geständniß bloß „unwesentliche“ Bestimmungen, an welchen dießseits Anstoß genommen werde, und daraus war man doch wohl berechtigt, zu schließen, daß an den wesentlichen Bestimmungen besagter Nordbundsverfassung kein Anstoß genommen werde. Nur sprach sich der Wunsch nach einer etwas freieren Bewegung der Einzelstaaten aus, namentlich „in Absicht auf die Verwaltung und auf die Finanzen“. Das war ziemlich bescheiden geredet, der schärfste Stachel war dem Particularismus offenbar ausgebrochen, der ganze Ton der Erklärung war entgegenkommend, und wie gesagt, ihr Eindruck war gut, Niemand hatte einen besseren zu erwarten gewagt.

Inzwischen erfuhr man denn auch, daß die Sonderwünsche, die in dieser Erklärung nur zart angedeutet sind, keineswegs den excentrischen Charakter der bayrischen haben und überhaupt nicht dazu angethan sind, dem Anschluß Württemberg's an den Bund noch ernstliche Schwierigkeiten zu bereiten. Die Vorbehalte wegen der Finanzen sollen sich einmal auf die inneren Getränkesteuern beziehen, und dann auf verschiedene wenig erhebliche Details, wie z. B. auf Besoldungsverhältnisse im Heer, die sich, wie man sagt, ohne Unzulänglichkeiten nicht leicht nach der norddeutschen Scala einrichten lassen. An der Unification des Heerwesens hat man im Uebrigen nichts auszusetzen, als daß man dem Ernennungsrecht des Landesherrn einen größeren Spielraum vergönnt sehen möchte, und ebenso beziehen sich die Vorbehalte in Absicht auf die Verwaltung ebenfalls wesentlich auf dieses Ernennungsrecht, selbst auf der eigenen Verwaltung der Verkehrsanstalten wird man ohne Zweifel nicht bestehen. Kurz, es sind Wünsche, über die man ins Reine kommen wird. Von kompetenter Seite ist ausgerechnet worden, daß der Eintritt in den Bund dem Land etwa 3 Mill. Fl. kosten werde. Hätte Württemberg bereits die Reform seines Steuerwesens fertig, die längst projectirt und eingeleitet, wie üblich auf dem Schreibtisch des Herrn Moriz Mohl liegen geblieben ist und voraussichtlich noch geraume Zeit dort liegen bleiben wird, so wäre dieser Ausfall gar nicht zu spüren. Immer wird daher dieser Umstand die neu eintretenden Staaten zu Anhängern einer Finanzpolitik machen, welche dahin

geht, den Bund so viel als möglich auf eigene Einnahmen anstatt auf Matri-
cularbeiträge zu verweisen.

Neuestens hat nun zwar wieder von einer kleinen Rückwärtsbewegung
der württembergischen Regierung verlauten wollen. Man wird aber solchen
Schwankungen keine Bedeutung mehr beilegen dürfen. Vielleicht handelt es
sich um ein kleines Manöver, ausgeführt zur Schonung des bedächtigeren
Bayerns. Nach wie vor ist man überzeugt, daß Württemberg auf alle Fälle
den Anschluß sucht, und da es ihn sucht, wird es ihn auch finden. Für ein
langes theoretisches Hinundherreden wird im Hauptquartier schwerlich viel
Zeit sein. Und nicht wenig werden die Verhandlungen beschleunigt werden
durch den Entschluß Preußens, den die süddeutschen Bevollmächtigten vorfin-
den werden, an der Nordbundsverfassung nicht rütteln zu lassen. Nicht darum
handelt es sich, diese Verfassung erst so zu modificiren, daß sie den beitreten-
den Gliedern genehm wird, es handelt sich nur um Zugeständnisse, die ihnen
bei ihrem Eintritt in den Bund gewährt werden können. Das übrige aber
mag die Atmosphäre thun, in welcher diese Verhandlungen stattfinden: das
durch vereinte Macht niedergeworfene Feindesland und das deutsche Heer,
das den Anspruch darauf hat, in ein geeintes Vaterland heimzukehren.

Kriegsbericht.

Schwarzweißbroth und die deutsche Frage.

Es war vorauszusehen, daß die Reise des Herrn Thiers den neutralen
Mächten eine willkommene Anregung geben werde, ihre Friedenswünsche den
Kriegsführenden mitzutheilen. Auch Industrie, Handel, Staatseinnahmen
der Neutralen leiden unter dem Kriege; die unerhörten Siege der Deutschen
und der politische und militärische Sturz Frankreichs heunruhigen, das neue
Uebergewicht Preußens wird seit dem Tage von Sedan mit starkem Miß-
trauen, die Hilflosigkeit der Franzosen mit Theilnahme betrachtet. Jedem
Kabinet modificiren sich diese gemeinsamen Empfindungen nach den eigenen
Interessen, im Ganzen hat die Staatenfamilie Europas vorwiegend conserva-
tive Neigungen, sie erträgt auch Kästiges, was sich eingelebt hat, mit langer
Geduld, aber sie betrachtet jede Neuerung mit dem größten Mißtrauen. Fast
alle Regierungen haben sich der Demüthigung des kaiserlichen Frankreichs
gestreut, alle sind der Vergrößerung Deutschlands bis in die Vogesen abge-
neigt. Wenn jetzt England im Verein mit Oestreich und Italien vorsichtigen
Rath für Waffenstillstand und Einberufung einer Constituante ertheilt, und
der Kaiser von Rußland in directem Schreiben Schonung für Paris erbittet,
so halten wir nicht für leicht, eine solche Lebensäußerung der Großmächte